

Regierung weiter in der Kritik

NIDWALDEN Die Debatte um den Abschuss von Schwänen geht in die nächste Runde. Nebst angedrohter Anzeige mobilisieren jetzt die Tierschützer um Franz Weber.

CHRISTOPH RIEBLI
christoph.riebli@nidwaldnerzeitung.ch

«Ich bin überzeugt, die richtigen Massnahmen getroffen zu haben, obwohl wir die Abschüsse nicht gerne machen», sagt die Nidwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser zur jüngsten Kritik an der Tötung dreier Jungschwäne (siehe Ausgabe von gestern). Empört über diese Vergrämungsmethode meldete sich gestern die Fondation Franz Weber in einem öffentlichen Brief an Karin Kayser zu Wort (siehe Kasten). Mit einer «Straf-

anzeige gegen den Kanton Nidwalden» hatte der Nidwaldner Unternehmer Thomas Bettermann kürzlich gedroht – verbunden mit der Absicht, nötigenfalls bis vor Bundesgericht zu gehen. Zuvor hatte er angeboten, die von den rund 40 Höckerschwänen angerichteten Schäden auf der Buochser respektive Ennetbürger Allmend aus dem eigenen Sack abzugelten. Erfolgreich verlief gestern die Nachfrage beim Sohn der bekannten Unternehmerfamilie (Obo Bettermann), was denn überhaupt Gegenstand der angedrohten Strafanzeige sei – er wollte sich «den Medien gegenüber» nicht mehr äussern.

Kein Kontakt mit Regierung

«Wir haben erwartet, dass mit dem Entscheid zum Abschuss von Schwänen Emotionen geweckt werden», sagt Kayser weiter, «aber nicht derart intensiv.» Die meisten Reaktionen seien zudem ausserkantonale Ursprungs. «Herr Better-

mann ist gut vernetzt und hat sich mit Tierschutzorganisationen quergeschaltet. Auch auf Facebook sucht er Unterstützer.» Selbstverständlich stehe es ihm frei, diesen Weg zu beschreiten. Nur: «Ich rechne nicht damit, dass er Erfolg hat.» Auch habe er bisher auf eine ernsthafte Kontaktaufnahme mit der Regierung verzichtet. Zudem habe die Regierung vergangenes Jahr gleich zweimal alle Beteiligten an einen runden Tisch geholt: «Das waren öffentliche Anlässe, und auch Herr Bettermann hätte kommen können.»

Jagdgesetz gibt Spielraum vor

Ein emotionaler Schnellschuss mit Rückzieher? So oder so dürfte eine Strafanzeige gegen die Nidwaldner Regierung einen schweren Stand haben: Das eidgenössische Jagdgesetz räumt den Kantonen ausdrücklich ein, «jederzeit Massnahmen gegen einzelne geschützte oder jagdbare Tiere, die erheblichen Schaden anrichten», ergreifen zu können. Für Karin Kayser wäre es im Falle einer Anzeige Sache der Gerichte zu klären, ob das geschützte Tier oder das Jagdgesetz im Vordergrund zu stehen habe. «Für den Kanton ist der Schaden an Kulturland und Landwirtschaft ausser Balance geraten», hält sie an ihrer Position fest.

Eier stechen?

Selbst nach den Abschüssen der Jungschwäne in den letzten Tagen blieb die erhoffte Wirkung aus: Die Schwäne sind noch vor Ort. Wie weiter? «Wenn

wir den Schwänen nicht genügend Lebensraum zur Verfügung stellen können, dann müssen wir den Bestand regulieren», ist für Kayser klar. Vorderhand werden keine weiteren Tiere geschossen: «In den nächsten Tagen wird entschieden, ob wir beim Bund ein Gesuch stellen, um regulierend in die Schwänenpopulation eingreifen zu können.» Durch Eierstechen oder eine Sonderjagd.

Seit mehr als zwei Jahren leiden Buochser und Ennetbürger Bauern unter den geschützten Tieren, welche auf ihren Wiesen das Gras wegfressen und diese verkotet zurücklassen. Gemäss Kanton betragen die Schadenskosten pro Hektare Frühlingsgras rund 1000 Franken. Weil vorangegangene Fütterungsverbote wie auch Schreckschüsse zur Vergrämung der Schwäne ohne Wirkung blieben, hatte der Kanton jüngst Einzelabschüsse beschlossen.

Stolz, aber eine Plage:
Schwan in Buochs.

Bild Nadia Schärli



Wie umstritten ist der Abschuss?

MEINUNGEN map. **Hans Aschwend** (44), **Seelisberg**: «Mit dem Abschuss habe ich keine Mühe. Ob es die schlaueste Lösung ist, weiss ich nicht. Klar: Es braucht Massnahmen, wenn die Zahl der Schwäne überhandnimmt. Aber schade ist es schon, wenn man ums Abschliessen nicht herumkommt.»



Julian Flühler (22), **Stans**: «Ich bin ein Befürworter dieser Abschussmassnahmen. Ich finde, es gibt eine Überpopulation, weil sie keine Feinde haben. Einen Abschuss finde ich darum nicht so schlimm, weil es zu viele hat. In Luzern haben sie ja auch Probleme mit Tauben.»



Maria Minutella (57), **Ennetmoos**: «Wenn es das Problem lösen würde, warum nicht. Ein Abschuss ist ja auch beim Wildgang und gäbe. Warum man um Schwäne so ein Theater macht, kann ich nicht nachvollziehen. Ich vertraue den Fachleuten, dass sie die richtigen Massnahmen treffen.»



Marina Schrackmann (21), **Sarnen**: «Ich lerne Landwirtin und weiss, dass Schwäne für Bauern eine Plage sind, weil sie das Land verkoten und dieses nicht mehr richtig nutzbar ist. Teilweise nehmen sie schon überhand, man denke nur an den Wichelsee.»



Tierschützer äussern «Abscheu»

PROTEST cri. «Beschämend: In der Schweiz ist auch der kleinste Profit wichtiger als der Schutz des Lebens und der Artenvielfalt.» Mit diesem Fazit hat sich gestern die Fondation Franz Weber an Regierungsrätin Karin Kayser gewandt. Die Stiftung des gleichnamigen Natur- und Tierschützers protestiert mit «Abscheu und Empörung» gegen die Abschüsse von Schwänen durch die Nidwaldner Regierung. In Nidwalden werde voreilig zur «Flinte» gegriffen, bevor alle möglichen Massnahmen, wie etwa das Abzäunen, ausgeschöpft worden seien.

Dass Vergrämungsabschüsse keine Wirkung zeigten, hätte man vorgängig mit Gesprächen mit Zuständigen aus anderen betroffenen Regionen erfahren können. «Zudem haben Sie gegen den Volkswillen gehandelt», heisst es in dem Schreiben weiter. Umfragen in der Zentralschweiz sowie die zahlreichen Proteste würden zeigen, dass eine «klare Mehrheit» gegen solche Abschüsse sei. Es gelte nun mit dem Bund «an-

dere» Massnahmen zu prüfen. Konkrete Vorschläge dafür sind der dreiseitigen Mitteilung nicht zu entnehmen.

«Praxisfremde» Forderungen

Für Karin Kayser sind die Vorwürfe und Anregungen der Tierschützer nicht neu: «Das Abhagen in dieser Grössenordnung ist verhältnisslos», sagt die Justiz- und Sicherheitsdirektorin, «das wären Hunderte von Metern.» Auch das Abgrasen durch die Bauern sei eine «praxisfremde» Forderung. «Sie mähen dann, wenn sie das Gras brauchen, und nicht ganze Matten, damit der Schwan nicht kommt.» Zudem könne sie unmöglich mit jedem Gemeindepräsidenten der Schweiz Kontakt aufnehmen, um Erfahrungen auszutauschen. «Wir haben die Massnahmen vom Bund vorgegeben bekommen und diese entsprechend umgesetzt», sagt Kayser weiter. Und zum angeblich verletzten Volkswillen: «Das möchte ich zahlenmässig bestätigt bekommen.» Die Kritik sei zu 80 Prozent ausserkantonale.

Gäste sollen gratis mit der Bahn fahren

OBWALDEN Können ab 2016 Touristen Zug und Postauto kostenlos benutzen? Die Idee wird nun geprüft – auch um die Gäste für mehr Nächte an den Kanton zu «binden».

MARKUS VON ROTZ
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch

«Gratis-ÖV-Nutzung durch Touristen mit Gästekarte einführen» ist eines von vielen Zielen der Regierung für die laufende Amtsdauerplanung 2014 bis 2018. Das 24-Seiten-Dokument wird Anfang Dezember im Kantonsrat beraten. Hinter dieser und anderen Ideen steckt die Überlegung, die Leute vermehrt von der Strasse weg zum öffentlichen Verkehr zu bringen. «Dafür müssen wir innovative Ansätze versuchen, um uns von anderen abzuheben. Wir müssen verrückte Ideen kreieren, auch wenn noch nicht in jedem Fall klar ist, ob es auch umsetzbar ist», sagt dazu Volkswirtschaftsdirektor Niklaus Bleiker.

Karte ab drei Übernachtungen

So ist auch noch unklar, wer die Kosten für den Gratis-ÖV bezahlen soll. «Das wird eine sehr teure Lösung», sagt Bleiker. Aber es gebe auch einen Gegen-

wert: «Wenn Touristen mit Gästekarten ohne das Portemonnaie zu brauchen von Sarnen ins Langis oder nach Engelberg fahren können, bleiben sie vielleicht auch länger im Kanton, und davon profitiert die Hotel- und Gastroszene wieder eins zu eins.» Die Idee ist im Moment, dass man die Gästekarte für die Gratisbenützung von Bahn und Bus ab drei Übernachtungen erhält. «Wir haben heute eine sehr kleine durch-

«Wir müssen verrückte Ideen kreieren.»

NIKLAUS BLEIKER,
VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR

schnittliche Übernachtungszahl unserer Gäste.» Wer dann auch noch die Bergbahnen und Schiffe günstig benutzen wolle, der habe ein gutes Angebot mit dem bestehenden Teil-Pass.

«Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, den sanften Tourismus zu fördern», sagt Niklaus Bleiker. Gratis-Bahn und -Zug könnten eine Massnahme dazu sein. «Wir können uns vorstellen, in zwei Versuchsjahren zu prüfen, wie gut es genutzt wird.» Dafür hat der Kanton ab 2016 im Finanzplan 200 000 Franken eingesetzt. «Diese Sum-

Viele andere Ideen

OBWALDEN mvr. Die Amtsdauerplanung des Regierungsrats enthält neben Fragen zum öffentlichen Verkehr (siehe Haupttext) eine Reihe anderer Ideen und Vorschläge. So will sie bis 2018 die Zukunft des Truppenlagers **Glaubenberg** klären, Rahmenbedingungen für die Stärkung der Grundversorgung am **Kantonsspital** schaffen sowie Optionen für ein zweites gesundheitspolitisches **Kompetenzzentrum** wie Psychiatrie oder Demenz prüfen. Eine **Ombudsstelle** beim Kanton soll zumindest als Pilotversuch geschaffen werden. Das neue **Logistikzentrum** in Kägiswil soll gebaut, der Lehrplan 21 umgesetzt, die Zusammenarbeit in der **Psychiatrie** mit Nidwalden geklärt werden. Ferner will die Regierung den **Energieverbrauch** pro Kopf um 10 Prozent senken und mit den kantonseigenen Bauten diesbezüglich vorangehen.



Vierjahresplanung: Das ausführliche Dokument dazu finden Sie auf www.obwaldnerzeitung.ch/bonus

me wird nicht ausreichen. Und es ist letztlich auch nicht Sache des Kantons, das zu finanzieren. Wir wollen es auch nur dann umsetzen, wenn die Tourismussträger mitmachen.» Es gebe andere Regionen wie etwa im Schwarzwald, wo beispielsweise auch die Hoteliers einen Beitrag an die Kosten leisten.

Mehr Zug nach Lungern

Ein weiteres Ziel ist die Verlängerung der S 55 der Zentralbahn (zurzeit bis Sachseln) nach Giswil und Lungern «mit einer Ausdünnung des Fahrplans der S 5 ausserhalb der Hauptverkehrszeiten». Niklaus Bleiker sagt dazu: «Ich frage mich, warum wir an Randzeiten jede halbe Stunde teils halb leere S-5-Züge fahren lassen und gleichzeitig Lungern nicht erschliessen können. Wäre das Geld mit einer Umlagerung nicht besser eingesetzt?». Im Moment sind auch dafür ab 2016 geschätzte Kosten von 200 000 Franken vorgesehen. Noch zu klären wäre die Frage des Rollmaterials, weil nicht alle Kompositionen mit Zahnrad ausgerüstet sind.

Schnellzugshalte für Alpnach

Auch die Wiedereinführung der Schnellzugshalte in Alpnach ist ein Ziel der Regierung. Neben den hohen Frequenzen gibt es laut Niklaus Bleiker noch einen anderen Grund: «Wir haben in Alpnach ein sehr gutes Park&Ride-Angebot, das aber mangels Schnellzugs-

halten nicht genutzt wird.» Das könnte man durch die Wiedereinführung ändern. Wichtig sei das auch, weil das im OKB-Neubau in Sarnen geplante Park&Ride weiterhin durch die gerichtliche Auseinandersetzung um das Bauvorhaben blockiert sei. Für dieses unterirdische Parkplatz-Angebot sind im Finanzplan 4 Millionen Franken eingesetzt. «Wenn es dereinst gebaut werden kann, ist das eine ideale Lösung für uns, zumal die Bankangestellten die Plätze am Wochenende nicht brauchen.» Diese wären dann frei beispielsweise für Skitouristen, die mit dem Postauto Richtung Stöckalp fahren wollen.

Postauto auch zum Kantonsspital

Und schliesslich ist auch geplant, das Kantonsspital mit dem Postauto zu erschliessen. Für Kosten von rund 50 000 Franken ist geplant, ab 2016 die Buslinie Flüeli-Ranft-Sachsels bis zum Sarnen Bahnhof zu verlängern. «Wir haben einerseits ein grosses neues Wohnungsangebot im Sachler Brüggi, wir haben das Seefeld, das zu Fuss zu weit weg ist vom öffentlichen Verkehr, und ein Kantonsspital, das heute auch nicht angefahren wird.» Vereinfacht würden diese Pläne dadurch, dass der besagte Bus heute beim Bahnhof Sachsels eine Standzeit habe, die ausreichen würde, um die vorgesehene Zusatzroute zu fahren. Bezahlt werden müsse er fürs Warten ja ohnehin.